

Anonymität und Demokratie

Thiel, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thiel, T. (2017). Anonymität und Demokratie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(2), 152-161. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0036>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Anonymität und Demokratie

Thorsten Thiel

Digitale Vernetzung steht im Verdacht, soziale Praktiken der Anonymisierung zu fördern. Sich zu verbergen und zu entziehen werde immer leichter, die Tendenz der Moderne, Gemeinschaft in die unpersönliche Gesellschaft aufzulösen, immer weiter befeuert. Zugleich wird argumentiert, dass digitale Vernetzung den gläsernen Bürger produziere, dessen Privatheit stetig schwindet und der nirgends mehr anonym ist. Unsere Vertrautheit mit beiden Argumentationsfiguren unterstreicht, wie sehr der Diskurs um Anonymität mittlerweile in der öffentlichen Debatte angekommen ist. Anonymität ist ein steter Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung und in ihrer Politisierung zeigt sich, wie Gesellschaften reflexiv auf den digitalen Strukturwandel reagieren.

Das Ziel der folgenden Auseinandersetzung ist es, zu zeigen, dass und inwiefern die öffentliche Diskussion über Anonymität einer umfassenderen argumentativen Differenzierung bedarf. Hierfür werde ich zunächst darlegen, was wir unter Anonymität verstehen und inwieweit und in welcher Hinsicht sich die Möglichkeiten anonymer Kommunikation in Folge des digitalen Strukturwandels verändert haben. Darauf aufbauend werde ich diskutieren, welcher normative Status Anonymität zukommen sollte. Hierzu zeige ich, dass demokratietheoretisch informierte Perspektiven auf anonyme Kommunikationsmöglichkeiten eine wichtige Ergänzung zu den derzeit im Diskurs dominanten Positionen darstellen, die entweder die erwarteten Wirkungen anonymer Kommunikation thematisieren oder Anonymität allein als Mittel zum Schutz individueller Privatheit rechtfertigen. Die moderne republikanische Theorie dagegen, so das Argument, erlaubt eine der Entwicklung adäquate Thematisierung und kann als Ausgangspunkt für eine Politisierung der Anonymität dienen, die den problematischen Aspekten des digitalen Strukturwandels in angemessener Weise begegnet.

1 | Anonymität: Begrifflich-konzeptionelle Grundlagen

Obwohl Anonymität ein im Alltag geläufiger Begriff ist, war sie lange nur sehr unzureichend theoretisch gefasst. Die wörtliche Bedeutung von Anonymität, *Nichtgenanntsein* oder *Namenlosigkeit*, wie sie etwa aus dem literarischen Kontext bekannt ist, reicht schon lange nicht mehr hin, um auch nur das Alltagsverständnis von Anonymität abzudecken. Wohl nicht zufällig parallel zur Digitalisierung wurde Anonymität ab Ende der 1990er Jahre mehr und mehr zum Gegenstand intensiver rechtlicher, politischer und philosophischer Auseinandersetzung. Dabei gewann ein Verständnis an Bedeutung, welches die über-situative Komponente von Anonymität betont: die von Helen Nissenbaum geprägte Definition als *Nicht-Erreichbarkeit* (Nissenbaum 1999, weitere einschlägige Artikel: Marx 1999, Wallace 1999, Matthews 2010, Ponesse 2014).

Im Anschluss an Nissenbaum lässt sich das Konzept weiter spezifizieren: Anonymität lässt sich verstehen als Zustandsbeschreibung in einer intersubjektiven Handlungssituation, in der es unmöglich ist, eine Handlung oder Kommunikation, die selbst sichtbar ist, einem Individuum oder Subjekt korrekt zuzuordnen und es hierdurch über diesen Kontext hinaus erreichbar/verantwortlich zu machen. Anonymität bezieht sich auf die Frage nach dem „Wer“ einer Handlung, sie ist aber kein personales Merkmal, sondern das Resultat der Unmöglichkeit, eine bestimmte Aussage über den oder die Handelnde(n) zu treffen.¹

Anonymität lässt sich zwar intentional herzustellen versuchen (etwa durch Vermummung), ihr Bestandhaben ist aber notwendig von der Existenz Dritter abhängig, die ebenfalls Verursacher der Handlung sein können müssen. Sie hängt somit von Kontextbedingungen und in gewissem Maße sogar von der Akzeptanz durch Dritte ab. Der Zustand der Anonymität lässt

sich zudem in Hinblick darauf spezifizieren, gegenüber wem und unter welchen Bedingungen er gilt (Anonymität kann etwa nur partiell gegeben sein, z. B. wenn man im Zuge einer Demonstration gegenüber den Behörden, nicht aber gegenüber der Nebenfrau anonym ist). Weiterhin gilt, dass Anonymität nie absolut ist, sondern immer subjektive ‚Annahme‘ bleiben muss. Eine ‚Annahme‘, die aber im Moment des Handelns für die Entscheidung über ein bestimmtes Handeln wesentlich sein kann. Diese Annahme kann sich jedoch als falsch erweisen und ein im Moment des Handelns anonymer Zustand kann durch nachträgliche Möglichkeiten der Identifizierung rückwirkend aufgehoben werden. Anonymität zu stärken bedeutet insofern oft, Maßnahmen zu treffen, die Identifizierung erschweren.

Für die empirische Betrachtung der Entwicklung anonymer Kommunikationsmöglichkeiten müssen auf Grundlage dieses Anonymitätsverständnisses zwei weitere Unterscheidungen eingeführt werden: Erstens die zwischen horizontaler und vertikaler Anonymität. Horizontale Anonymität bezeichnet Anonymität im Verhältnis zu anderen gleichrangigen Personen (bzw. Personengruppen), insbesondere jenen, die eine Handlung/Kommunikation direkt beobachten. Vertikale Anonymität meint Anonymität gegenüber Institutionen oder Organisationen, die über größere Ressourcen und Macht verfügen und sich daher in einem asymmetrischen, Beherrschung ermöglichenden Verhältnis zu den Individuen in einer Handlungssituation befinden. Beide Formen von Anonymität lassen sich bezüglich einer zeitlichen Dimension weiter differenzieren, insofern Identifizierung – als Gegenteil von Anonymität – in zwei Weisen erfolgen kann: Als Identifikation – also in einer Situation selbst, was den Betroffenen dann im Allgemeinen bewusst ist – oder als Identifizierbarkeit, der im Anschluss an die Situation stattfindenden Aufhebung von Anonymität, über deren Wahrscheinlichkeit die Betroffenen nur spekulieren können.

Ein anschauliches Beispiel ist der demokratische Wahlakt. Im Moment, in dem man das

Wahlbüro betritt, wird man zur Identifikation aufgefordert. Die anschließende Stimmabgabe wird aber durch ein Anonymisierungsverfahren, der für alle gleiche und nicht gekennzeichnete Wahlzettel, geleitet, so dass die Anonymität des Wahlakts den Wählenden trotz vorheriger Identifikation gesichert erscheint und sie ihre Stimme unter der Annahme gewahrter Anonymität abgeben – und dies horizontal gegenüber den im Wahllokal Anwesenden wie vertikal gegenüber potentiell interessierten Institutionen (wie dem Staat oder dem Arbeitgeber).

2 | Anonymität im digitalen Strukturwandel

Wie aber hat nun der digitale Strukturwandel die Möglichkeit anonymer Kommunikation verändert? Hierfür gilt es zunächst eine Aussage über die Ausgangslage zu treffen, also den Zustand westlicher Gesellschaften vor der Digitalisierung aller Lebensbereiche.

Sehr grob lässt sich sagen, dass vor dem digitalen Strukturwandel Anonymität in der horizontalen Dimension hauptsächlich durch zwei Dinge begrenzt wurde: durch starke soziale Normen, die anonymer Kommunikation in der alltäglichen Kommunikationspraxis Grenzen setzen und Identifikation erwartbar machen, und durch die zentrale Rolle von Gatekeepern, die an den Schnittstellen eines nach der Logik *one-to-many* organisierten Systems von Massenmedien wachen und Kommunikation mit größeren Gruppen regulieren. Auch die Möglichkeiten nachträglicher Identifizierung sind zwischen Bürgern nur gering ausgeprägt, weshalb faktisch eine Vielzahl von Möglichkeiten besteht, sich auch in öffentlicher Kommunikation der Identifizierung zu entziehen. Gerade im Vergleich mit kleinräumigen Gemeinschaften wird gesellschaftliche Anonymität daher als hoch empfunden.

In Bezug auf die vertikale Dimension gilt für die Phase vor dem digitalen Strukturwandel, dass hauptsächlich ein Akteur relevant ist: der Staat. Nur diesem wird ein hinreichend legitimes Interesse an der Identifizierung seiner Bürger unterstellt. Doch auch mit Blick auf

den Staat sind die Kosten von Identifikation hoch und der Nutzen vergleichsweise gering, was Identifikationsregime räumlich und zeitlich eng konturiert.

Zieht man die beiden Beobachtungen zusammen, so lässt sich festhalten, dass die Möglichkeit anonymen Handelns bzw. anonymer Kommunikation vor dem digitalen Strukturwandel zwar keine bewusste und auch keine positiv konnotierte gesellschaftliche Weichenstellung ist, wohl aber ein fast zwingendes Resultat struktureller Gegebenheiten. Es besteht eine weitreichende *de-facto-Anonymität*: Private, öffentliche und politische Kontexte sind größtenteils und für den überwiegenden Teil der Bevölkerung anonymitätsschonend gestaltet. Versuche, anonyme Kommunikationsräume zu begrenzen, sind ob der hohen sozialen und ökonomischen Kosten zum Scheitern verurteilt. Anonymität muss insofern auch nicht aktiv geschützt werden (sieht man von Fragen der konkreten Ausweitung staatlicher Identifizierungskontexte einmal ab), sie ist tendenziell gegeben und kann im Handeln von Individuen unter Beachtung gewisser Regeln und Kontexte als gesichert angenommen werden.

Will man verstehen, wie der digitale Strukturwandel, diese Verhältnisse ändert, so muss man zunächst Digitalisierung verstehen. Diese meint nämlich mehr als die Verfügbarmachung von Informationen im digitalen Format und sie erschöpft sich auch nicht in der Emergenz eines Cyberspace, einer Online-Welt, die neben unsere analoge Lebenswelt tritt. Als Dreiklang von Daten, (algorithmischen) Prozessen und Vernetzung bewirkt sie vielmehr, dass all unsere Kommunikationen und Handlungen zunehmend digital erfasst werden, und somit selbst wiederum der Logik von Datenproduktion und -verarbeitung, von Speicherung und Kombinierbarkeit unterliegen.

Die gesellschaftlichen Folgen von Digitalisierung sind differenziert zu betrachten. So gilt mit Blick auf horizontale Anonymität, dass sich kommunikative Standards zwar deutlich verändern, die allgemeine Möglichkeit anonymer Kommunikation aber noch recht ähnlich einzuschätzen ist. Die Erwartung, dass das

Internet als große Anonymisierungsmaschine wirkt, in der ein jeder unter Pseudonymen Narrenfreiheit genießt, multiple Identitäten pflegt und das Gespräch aller mit allen entweder in großer Freiheit oder in großer Kakophonie resultiert, hat sich so nicht erfüllt. Die Art und Weise nämlich, wie wir uns mit anderen vernetzen, hat sich nicht so unverbindlich entwickelt wie erwartet. Dies ist zunächst auf die Kommodifizierung digitaler Kommunikation zurückzuführen, die eine identifizierte Nutzung gegenüber anonymen Formen begünstigt und sich am deutlichsten am Aufstieg sozialer Netzwerke zeigt (das bekannteste Beispiel ist der Klarnamenszwang bei *Facebook*). In der horizontalen Dimension ist die Möglichkeit anonym zu kommunizieren, somit zwar potentiell gewachsen, doch die realen sozialen Praktiken haben ein Gegengewicht zu Anonymität geschaffen, eine Kultur der Selbstdarstellung und -veröffentlichung (Lovink 2011).

Auch die Möglichkeit, anonym mit großen Gruppen zu kommunizieren, hat sich verändert und ist doch in neuer Weise wieder begrenzt: So verändert *many-to-many*-Kommunikation zunächst per Definition die Erreichbarkeit großer und diffuser Öffentlichkeiten (Shirky 2008). Auch dieser Trend wird aber relativiert, da etwa Plattformbetreiber als Intermediäre an die Stelle der alten *Gatekeeper* treten (s. die *Hate-Speech-Debatte*). Abschließend ist noch zu vermerken, dass die Möglichkeiten retrospektiver Identifizierung auf der horizontalen Ebene zugenommen haben, da selbst für Privatpersonen Möglichkeiten entstehen, Anonymität effektiv zu brechen. Ein Beispiel ist etwa die nach Medienberichten in Russland sehr erfolgreiche App *FindFace*, die einen Abgleich von im öffentlichen Raum aufgenommenen Fotos mit einer Gesichtsdatenbank erlaubt.

Die Entwicklungen im Bereich horizontaler Anonymität werden durch die Entwicklungen in Bezug auf vertikale Anonymität aber klar in den Schatten gestellt. Die Möglichkeiten ressourcenstarker Akteure, anonyme Kommunikation zu begrenzen, sind durch Digitalisierung in extremen Maße gewachsen und die zunächst populäre These, dass der

dezentrale Aufbau des Netzes und die durch das IP-Adresssystem eingebaute Pseudonymität in einem Zugewinn an Anonymität resultieren würde, hat sich als Illusion erwiesen. So gilt heute, dass digitale Kommunikation deutlich mehr an Überwachungstiefe und Feinstuerung erlaubt (Bendrath/Mueller 2011, DeNardis 2012) und dass etwa das mobile Netz eine nahezu ununterbrochene Übermittlung von Identifizierungsmerkmalen generiert (Benkler 2016). Nicht nur die Produktion von Daten, auch die Möglichkeiten ihrer Auswertung und Analyse haben sich zudem dramatisch erweitert. *Big Data* erlaubt sogar, bewusst eingesetzte Techniken der Anonymisierung außer Kraft zu setzen. Schon wenige Datenpunkte reichen, um Personen auch ohne jede Angabe von Namen oder ähnlich eindeutigen Faktoren zu identifizieren (Barocas/Nissenbaum 2014, Ohm 2010).

Es ist nun aber nicht nur so, dass die Möglichkeiten ressourcenstarker Akteure gewachsen sind. Mindestens ebenso wichtig ist, dass sehr viel mehr dieser Akteure ein sehr viel stärkeres Interesse an Identifizierung entwickelt haben (und dieses Interesse sich nicht nur auf das Feststellen von personaler Identität erstreckt, sondern auch noch das dauerhaften Erfassen von Verhalten umfasst). Die Emergenz einer datengetriebenen Wirtschaft, die immer vollständigere Profile vorhält, eine Vielzahl von Leistungen an Identifikation knüpft (z. B. Webdienste, Apps), Selbstidentifizierung begünstigt (z. B. Rabattkarten) oder auch ungewollte Identifizierung vornimmt (etwa die Tracking-Industrie), ist Ausdruck davon, wie verbreitet Identifizierung durch ressourcenstarke Akteure heute ist (vgl. etwa: Kurz/Rieger 2011, Lanier 2010, 2013, Schneier 2015, Wu



2016, Wolfie/Spiekermann 2016). Staatliches Interesse an Identifikation nimmt zugleich zu und profitiert von der Datensammlung der Privaten (Deibert 2013).

Für den digitalen Strukturwandel als Ganzen ist insofern zu konstatieren, dass Identifikationspflichten sich massiv ausgeweitet und Identifizierungsmöglichkeiten enorm gewachsen sind. Nicht nur der Staat, sondern auch und gerade private Akteure sind für das Verschwinden vertikaler Anonymität bedeutsam. Da die digitale Öffentlichkeit sich nahezu vollständig auf private Infrastruktur stützt und Identifikationsprozeduren sich stark normalisiert haben und unsichtbar geworden sind, steht nicht zu erwarten, dass diese Entwicklung sich einfach umkehren ließe. Gerade bezüglich der vertikalen Dimension müssen wir daher von einer so nachhaltigen wie tiefgreifenden Einschränkung der Möglichkeiten anonymer Kommunikation ausgehen. Anonymität ist nicht mehr die gesellschaftliche *default*-Option. Sie muss vielmehr bewusst zu erzeugen versucht werden, und dies in einem Setting, das eine Vielzahl an Widerständen gegen sie aufweist (Thiel 2016, Froomkin 2015).

3 | Anonymität: Normative Erwägungen

Die nun beschriebene Entwicklung wirft zwei Fragen auf: Auf welcher Grundlage können wir ein normatives Urteil über die Veränderung der Möglichkeit anonymer Kommunikation fällen und – sofern dieses Urteil problematisierend ausfällt – wie sollte man ansetzen, um der Entwicklung zu begegnen.

Die normative Bedeutung von Anonymität zu formulieren ist weit schwieriger, als es zunächst den Anschein hat. Die Ursache hierfür ist, dass – wie oben gezeigt – Anonymität eine Zustandsbeschreibung in einer intersubjektiven Handlungssituation ist, kein Wert oder Recht. Versucht man trotzdem zu einer übergreifenden Bewertung zu kommen, so wird meist eine der folgenden Strategien eingeschlagen: Entweder Anonymität über die Annahme von deren Wirkungen zu befürworten (oder zu verdammen) oder sie als essenziellen Schutz

von Privatheit zu deuten. Ich will, nachdem ich kurz auf diese Argumente eingegangen bin, versuchen, den Wert anonymer Kommunikation anders, nämlich durch ihre gesellschaftliche Bedeutung für die Demokratie herauszuarbeiten.

Wer über die Auswirkungen von Anonymität auf das Verhalten von Individuen spekuliert, vertritt meist eine von zwei Thesen: die „Enthemmungsthese“, der zufolge Anonymität Verantwortungslosigkeit erzeugt und einen Vertrauens- und Rationalitätsverlust mit sich bringt, oder die „Aufrichtigkeitsthese“, die aus der Entbundenheit von Machtrelationen Authentizität und Unparteilichkeit folgert. Die Enthemmungsthese spielt etwa eine Rolle, wenn *Hate Speech* und *Trolling* als netzinduziertes Problem im Feld horizontaler Anonymität diskutiert werden (z. B. Brodnig 2013) oder die Notwendigkeit betont wird, staatlichen Akteure jederzeit Identifizierungsmöglichkeiten zu verschaffen (etwa die von Innenminister Thomas de Maizère angestoßene Debatte um ein „Vermummungsverbot“ im Internet). Die Aufrichtigkeitsthese wird hingegen oft angeführt, wenn es um die Möglichkeiten von Minderheiten geht, ein Gruppenbewusstsein zu entwickeln (horizontale Dimension) oder eine politische Position (vertikale Dimension) zu artikulieren (so etwa: Akdeniz 2002, Doyle/Veranas 2014, Gardner 2011). Für beide Thesen findet sich je nach Kontext empirische Evidenz. Sie sind einander widersprechend, nicht aber einander ausschließend und in ihnen zeigt sich letztlich nur, dass es unmöglich ist, eine absolute Position in Bezug auf eine intersubjektive Zustandsbeschreibung zu formulieren (vgl. hierzu auch den Beitrag von Paula Helm in diesem Heft).

Die zweite Strategie zur Rechtfertigung anonymer Kommunikationsmöglichkeiten besteht darin, den Anonymitätsdiskurs unter den größeren Privatheitsdiskurs zu subsummieren und so dessen normative Wertigkeit zu entleihen (Rössler 2003). Anonymität wird dann zu einem, vielleicht sogar zu dem wichtigsten Mittel deklariert, um „informationelle Privatheit“ zu erhalten, da angenommen wird, dass

der öffentliche Raum durch Digitalisierung in den privaten Raum verlängert wird. Privatheit selbst wird dann als funktional auf personale Autonomie bezogener Wert artikuliert, für den sich weniger ambivalente Begründungen finden lassen.

Die Verknüpfung von Anonymitäts- und Privatheitsdiskurs generiert in vielen Debattekontexten wichtige Argumente. Ich möchte hier jedoch auf die Gefahr hinweisen, dass sie auch Spezifika von Anonymität unterschlägt (Ponessa 2014). Als Teil des Privatheitsdiskurses besteht das Risiko, dass Anonymität auf die Ebene des Individuellen reduziert wird. Anonymität wird dann zum Abwehrrecht, zu einer Instanz des Datenschutzes. Dies hat zum einen praktische Folgen, etwa, dass Anonymisierungsverfahren als adäquate Antwort auf Datensammlung gelten müssten (was sie faktisch oft nicht sind, da die Möglichkeiten der Kombinierung von Datenquellen Identifizierbarkeit erhöht, selbst wenn Identifikation unterbunden wird) und zum anderen theoretische Folgen: Dass Anonymität nämlich leichter in eine Abwägungsdiskussion gebracht werden kann, wo individuelle Rechte auf kollektive Erfordernisse treffen. In einer solchen Abwägung aber steht zu befürchten, dass Anonymität als rein individuelles Schutzbedürfnis oft nachrangig behandelt wird.

Ich möchte mich daher für eine stärker demokratietheoretische Erörterung des Verschwindens der Möglichkeiten von anonymer Kommunikation aussprechen. Nur wenn Anonymität (auch) in einem Vokabular reflektiert wird, das Öffentlichkeit und Demokratie zum Fixpunkt wählt, kann man die oben dargestellten Folgen des digitalen Strukturwandels adäquat beurteilen.

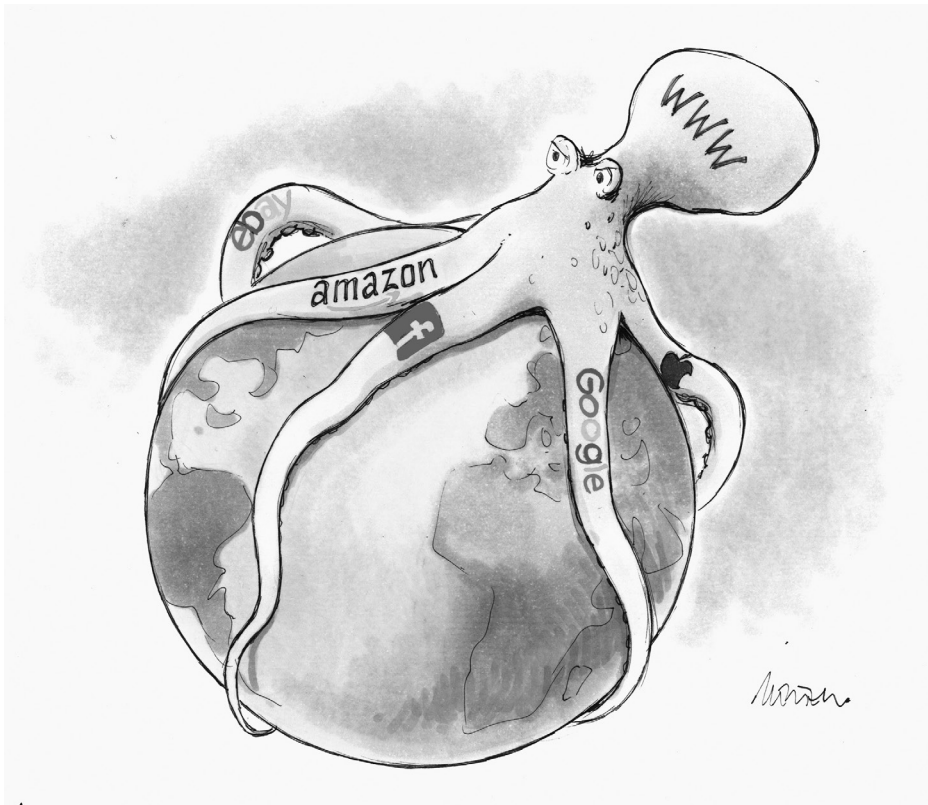
Eine solche Strategie muss sich jedoch unmittelbar der Herausforderung stellen, dass das Verhältnis von Anonymität und Demokratie in den gängigen Demokratietheorien bestenfalls indirekt thematisiert wird. So lässt sich mit Blick auf das Spektrum liberal-repräsentativer Demokratietheorien zwar davon ausgehen, dass der Fokus auf Kontrolle und Begrenzung staatlicher Herrschaft die Problematisierung

eines überstarken gouvernementalen Apparats erlaubt, wie er sich durch den Verlust vertikaler Anonymität abzeichnet. Liberale Theorien bieten jedoch aufgrund ihrer Fokussierung auf die Aggregation individueller Präferenzen kein Vokabular für die Thematisierung der Bedingungen und Dynamiken einer kollektiven öffentlichen Willensbildung. Sie gehen daher auch nicht über den individuellen Fokus der Argumente zum Zusammenhang von Anonymität und Privatheit hinaus.

Im Gegensatz hierzu entwickeln radikale Demokratietheorien eine Position, die die Bedeutung anonymer Kommunikation für die kritische Auseinandersetzung mit Herrschaft hervorhebt (Dahlberg 2007, de Lagasnerie 2016). Sie sind emphatisch-positiv gegenüber Anonymität, in ihrem Argument aber allein an Anonymität als Mittel des Widerstandes gebunden. Es werden keine Ideen für einen anonymitätsschonenden öffentlichen Raum ausgearbeitet. Anonymität wird vielmehr allein als strategischer Vorteil begriffen, den es zu erkämpfen gilt und der durch bewussten Entzug von Information, durch Verbergen, hergestellt wird.

Deliberative Demokratietheorien schließlich sind im Grundsatz anonymitätsskeptisch. In ihnen ist das personale Entstehen für Argumente tief eingeschrieben. So sind etwa die zentralen Rationalitätserwartungen klassisch eng gekoppelt an eine öffentliche Sphäre, in der Interventionen sicht- und zuordnbar erfolgen. In der Reaktion auf Kritik (etwa: Young 2001) hat die deliberative Demokratietheorie sich zwar zuletzt mehr auf größere Systeme mit abstrakten Diskurszusammenhängen konzentriert (Habermas 2008, Parkinson/Mansbridge 2012). Um Anonymität positiv zu besetzen müsste deliberative Demokratietheorie den Begriff aber weit stärker differenzieren, als sie dies derzeit tut.

Ich möchte daher auf eine vierte Alternative hinweisen, die mir ein geeigneteres Vokabular zu offerieren scheint: die moderne republikanische Theorie. Diese umfasst nach meinem Verständnis ein Spektrum von Positionen, das sich durch die Pole Hannah Arendt und Philip



Pettit abstecken lässt und in dessen Zentrum die Frage steht, wie eine politische Ordnung tatsächlich beschaffen sein muss, damit sich politischer Streit ereignet und Pluralität realisier- und erfahrbar wird (vgl. Thiel 2012, Thiel/Volk 2016). Republikanische Theorie rückt daher die Frage nach Herrschaft und die Frage nach den Bedingungen politischen Handelns gleichermaßen in den Mittelpunkt. Sie untersucht, wann in einem politischen System beherrschende Verhältnisse vorliegen, die, selbst wenn sie nicht wahrgenommen oder ausgenutzt werden, eine Reduktion von Freiheit mit sich bringen können, da sie die Optionen der Handelnden in nicht zugänglicher Weise vorstrukturieren und auf diese Weise eine nicht autonom gewählte Verhaltensanpassung erzeugen. Herrschaft lässt sich als relationales Verhältnis dabei nie vollständig abschaffen. Sie muss und kann jedoch durch

fortdauerndes politisches Handeln, durch die Formulierung von Meinungen im Diskurs mit anderen Positionen zu Rechtfertigung und Begrenzung gebracht werden. Republikanische Theorie fokussiert daher auf die Entstehung und Wirkungen gesellschaftlicher Asymmetrie, sei sie institutionell eingeschrieben oder durch soziale Entwicklungen – wie etwa die Konsumgesellschaft oder den digitalen Strukturwandel – induziert.

Die spezifische Perspektive republikanischer Theorie scheint daher besser geeignet als die übrigen Demokratietheorien, um auf die oben skizzierten Entwicklungen im digitalen Strukturwandel einzugehen (zu den wenigen Versuchen, dies explizit zu tun, zählen: Pettit 2008, Roberts 2015). So lassen sich mittels des republikanischen Vokabulars etwa sehr gezielt die Veränderung im Bereich der vertikalen Anonymität fokussieren. Anders als in der liberalen

Position finden sich in der republikanischen Theoriesprache eine Vielzahl von Argumenten, mittels derer sich Datensammlung und -aggregation (ohne dass es bereits zu konkreten Eingriffen und Missbrauch gekommen sein muss) problematisieren lassen. Auch die konsentrierte Form der Bildung von Datenprofilen – wie sie im privatwirtschaftlichen Bereich gang und gäbe ist – lässt sich aus republikanischer Perspektive überzeugend problematisieren. Da die scheinbare freiwillige Einwilligung oftmals durch indirekte Zwänge, wie die Notwendigkeit, Zugang zu einer privatisierten Öffentlichkeit zu erhalten, bewirkt wird und dabei weder gleich noch responsiv gestaltet ist, eröffnet sie Möglichkeiten der Beherrschung. Drittens schließlich ist republikanisches Denken sensibel für Phänomene wie Selbstzensur und Entpolitisierung, die ein durch ökonomische Interessen kontrollierter öffentlicher Raum auf den freien Diskurs bewirkt.

Die republikanische Perspektive bleibt darüber hinaus aber nicht in einer allein herrschaftskritischen Position verhaftet. Mittels ihres Vokabulars lässt sich vielmehr auch gezielt über die entstehenden Möglichkeiten horizontaler, bürgerschaftlicher Kommunikation nachdenken, etwa über den Aufschwung neuer Formen kollektiven Handelns (*connective action*) und auch darüber, wie diese von Momenten der Anonymität und Unverbindlichkeit profitieren (wie sie zum Beispiel im Zuge der Occupy Bewegung zu beobachten waren). In der republikanischen Theorie lassen sich insofern die individuelle und kollektive Dimension nicht gegeneinander ausspielen. Das normative Vokabular ist für die empirischen Fragen der Wirkung von Anonymität auf Handlungsdispositionen vielmehr sehr offen und lässt sich daher besser kontextualisieren und spezifizieren als stärker verallgemeinernde Theorien.

4 | Schlussfolgerungen für den öffentlichen Diskurs um Anonymität

Dies bringt uns abschließend zu der Frage, wie auf die nunmehr beschriebene und zumindest ansatzweise bewertete Tendenz des Verschwin-

dens anonymer Kommunikationsmöglichkeiten zu reagieren ist. Die Politisierung von Anonymität bildet hierfür den Ausgangspunkt, da durch sie ins Bewusstsein gerückt wird, dass Anonymität in der vertikalen Dimension nicht länger ein *Feature* von Öffentlichkeit ist, sondern etwas, was politisch durchgesetzt und verteidigt werden muss.

In seinem bahnbrechenden Buch *Code is Law* hat Lawrence Lessig (2006) angemerkt, dass man, um Veränderungen in unserer digitalisierten Gesellschaft zu erreichen, vier regulierende Mechanismen in den Blick nehmen muss: Neben dem Recht (bzw. der Politik) sind dies der Markt, soziale Normen und die (Code-)Architektur. In Bezug auf die Regulierung von Anonymität, so mein finales Argument, ist eine ausgewogene Berücksichtigung aller dieser Mechanismen unerlässlich, doch noch dominiert eine zu einseitige Fokussierung.

Diese resultiert daraus, dass im sich entwickelnden politischen Diskurs auf die Diagnose des Problems gleich mit der Formulierung einer umfassenden Lösung zu reagieren versucht wird. Anstatt die Ursachen und Ambivalenzen der Entwicklung ernst zu nehmen, wird oftmals versucht, einen Anspruch auf anonyme Kommunikation durchzusetzen. Dieser erfolgt zumeist entweder in einer technischen Variante oder durch die Forderung, Anonymität als Recht zu denken (Froomkin 1999, Kerr et al. 2009). Beide Varianten unterschätzen zum einen die Anreize für Staaten wie Märkte, Anonymität zumindest potentiell widerrufbar zu gestalten. Sie greifen aber zum anderen deshalb zu kurz, da sie den Schwerpunkt auf die individuelle Ermöglichung anonymer Kommunikation legen.

Obwohl politische Regelungen (etwa im Bereich des Datenschutzes) ebenso wie technische Weichenstellungen (z. B. Privacy-by-Design) in jedem Fall Teil der Lösung sein müssen, verpassen sie, dass es nicht ein veränderter rechtlicher Rahmen oder die Entwicklung digitaler Technologie allein war, die das Verschwinden anonymer Kommunikationsmöglichkeiten auslöste. Die Entwicklung ist vielmehr verflochten mit

dem Wandel ökonomischer Rationalität und einem Normwandel in Bezug auf die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren. Auch diese Aspekte müssen daher von vornherein Gegenstand der Auseinandersetzung sein.

Schließlich sei noch gesagt, dass es mit Politisierung alleine nicht getan ist. Wie ganz generell im Bereich der Netzpolitik besteht die Herausforderung, dass es handlungsfähiger Institutionen bedarf, die einen öffentlichen Diskurs auch in Politik umzusetzen in der Lage sind. Netzpolitik muss in vielerlei Hinsicht überstaatlich durchgesetzt werden, was sowohl mit Blick auf die Präferenzbindung als auch auf die Verpflichtungswirkung Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Herausforderungen sind insofern gewaltig, eine politische Sprache aber, die dem digitalen Strukturwandel gerecht zu werden vermag, nimmt nur langsam Konturen an.

Thorsten Thiel ist Koordinator des Leibniz-Forschungsverbundes „Krisen einer globalisierten Welt“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Anmerkungen

- ¹ Eng verwandt mit Anonymität – und für die Zwecke dieses Aufsatzes synonym behandelt – ist die Pseudonymität. Bei dieser ist Folgekommunikation im Anschluss an eine Situation realisierbar, jedoch durch einen zwar konstanten, aber nicht selbst weiter verbundenen Mittler, das Pseudonym. Pseudonymität erlaubt es, adressierbar und unerreichbar zugleich zu sein.

Literatur

Akdeniz, Yaman 2002: Anonymity, Democracy, and Cyberspace. In: *Social Research*, Vol. 69, No. 1, 223-237.

Barocas, Solon/Nissenbaum, Helen 2014: Big Data's End Run around Anonymity and Consent. In: Lane, Julia, et al. (eds.): *Privacy, Big Data, and the Public Good*, Cambridge: Cambridge University Press, 44-75.

Bendrath, Ralf/Mueller, Milton 2011: The end of the net as we know it? Deep packet inspection and internet governance. In: *New Media & Society*, Vol. 13, No. 7, 1142-1160.

Benkler, Yochai 2016: Degrees of Freedom, Dimensions of Power. In: *Daedalus*, Vol. 145, No. 1, 18-32.

Brodnig, Ingrid 2013: Der unsichtbare Mensch. Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert. Wien: Czernin Verlag.

Dahlberg, Lincoln 2007: Rethinking the Fragmentation of the Cyberpublic. From Consensus to Contestation. In: *New Media & Society* 9: 5, S. 827-847.

de Lagasnerie, Geoffroy 2016: Die Kunst der Revolte. Snowden, Assange, Manning. Berlin: Suhrkamp.

Deibert, Ronald J. 2013: Black Code. Surveillance, Privacy and the Dark Side of the Internet. Toronto: Signal/ McClelland & Stewart.

DeNardis, Laura 2012: Hidden Levers of Internet Control. An infrastructure-based theory of Internet governance. In: *Information, Communication & Society*, Vol. 15, No. 5, 720-738.

Doyle, Tony /Veranas, Judy 2014: Public anonymity and the connected world. In: *Ethics and Information Technology*, Vol. 16, No. 3, 207-218.

Froomkin, Michael A. 1999: Legal Issues in Anonymity and Pseudonymity. In: *The Information Society*, Vol. 15, No. 2, 113-127.

Froomkin, Michael A. 2015: From Anonymity to Identification. In: *Journal of Self-Regulation and Regulation*, Vol. 1, No. 1, 121-138.

Gardner, James A. 2011: Anonymity and Democratic Citizenship. In: *William & Mary Bill of Rights Journal*, Vol. 19, No. 4, 927-957.

Habermas, Jürgen 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: *Habermas, Jürgen: Ach, Europa*, Frankfurt am Main, S. 138-191.

Kerr, Ian/Steeves, Valerie/Lucock, Carole (eds.) 2009: *Lessons from the Identity Trail*.

Anonymity, Privacy and Identity in a Networked Society. Oxford: Oxford University Press.

Kurz, Constanze/Rieger, Frank 2011: Die Datenfresser. Frankfurt am Main: Fischer.

Lanier, Jaron 2010: You are not a gadget. New York: Knopf.

Lanier, Jaron 2013: Who Owns The Future? New York: Simon & Schuster.

Lessig, Lawrence 2006: Code and other laws of cyberspace: version 2.0. New York: Basic Books.

Lovink, Geert 2011: Anonymität und die Krise des multiplen Selbst. In: Leistert, Oliver/Röhl, Theo (Hrsg.): Generation Facebook. Über das Leben im Social Net. Bielefeld: Transcript, 183-198.

Marx, Gary T. 1999: What's in a Name? Some Reflections on the Sociology of Anonymity. In: The Information Society, Vol. 15, No. 2, 99-112.

Matthews, Steve 2010: Anonymity and the Social Self. In: American Philosophy Quarterly, Vol. 47, No. 4, 351-363.

Nissenbaum, Helen 1999: The Meaning of Anonymity in an Information Age. In: The Information Society, Vol. 15, No. 2, 141-144.

Ohm, Paul 2010: Broken Promises of Privacy: Responding to the Surprising Failure of Anonymization. In: UCLA Law Review Vol. 57, 1701-1777.

Parkinson, John/Mansbridge, Jane 2012: Deliberative Systems. Deliberative Democracy at the Large Scale. Cambridge: Cambridge University Press.

Pettit, Philip 2008: Trust, Reliance, and the Internet. In: Van den Hoven, Jeroen/Weckert, John (eds.): Information Technology and Moral Philosophy. Cambridge: Cambridge University Press, 161-174.

Ponessa, Julie 2014: The Ties That Bind: Conceptualizing Anonymity. In: Journal of Social Philosophy Vol. 45, No. 3, 304-322.

Roberts, Andrew J. 2015: A republican

account of the value of privacy. In: European Journal of Political Theory 14: 3, S. 320-344.

Rössler, Beate 2003: Anonymität und Privatheit. In: Bäumler, Helmut/von Mutius, Albert (Hrsg.): Anonymität im Internet. Grundlagen, Methoden und Tools zur Realisierung eines Grundrechts. Wiesbaden, 27-40.

Schneier, Bruce 2015: Data and Goliath: The Hidden Battles to Collect Your Data and Control Your World. New York: W. W. Norton & Company.

Shirky, Clay 2008: Here Comes Everybody. The power of organizing without organizations. London: Penguin Press.

Thiel, Thorsten 2012: Republikanismus und die Europäische Union – Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens. Baden-Baden.

Thiel, Thorsten 2014: Die Schönheit der Chance: Utopien und das Internet. In: Juridikum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft Jg. 15, Nr. 4, 459-471.

Thiel, Thorsten 2016: Anonymität und der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit ... In: Zeitschrift für Menschenrechte 10: 1, S. 9-24.

Thiel, Thorsten/Volk, Christian 2016: Republikanismus des Dissens. In: Volk, Christian/Thiel, Thorsten: Die Aktualität des Republikanismus. Baden-Baden, S. 345-369.

Wallace, Kathleen A. 1999: Anonymity. In: Ethics and Information Technology, Vol.1, No. 1, 23-35.

Wolfie, Christl/Spieckermann, Sarah 2016: Networks of Control. A Report on Corporate Surveillance, Digital Tracking, Big Data & Privacy. Wien.

Wu, Tim 2016: The Attention Merchants: The Epic Scramble to Get Inside Our Heads. New York.

Young, Iris Marion 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy. In: Political Theory 29: 5, S. 670-690.